

Auf Unterstützung gehofft

 [Drucken](#)

 [PDF](#)

 [Weiterempfehlen](#)

 [RSS Abonnieren](#)

Bei den Kreistagsfraktionen, Landtagsabgeordneten, dem brandenburgischen Sozialministerium und in der Öffentlichkeit haben Schüler der Regine-Hildebrandt-Schule und Elternvertreter in den zurückliegenden zwei Wochen um Unterstützung gebeten. Sie sprechen sich gegen die vom Landkreis geplante Schließung des Wohnheims aus und sammeln auf Listen und bei einer Petition im Internet Unterschriften von Gleichgesinnten.

Der Landkreis, der das Wohnheim für körperbehinderte Kinder und junge Menschen betreibt, will wegen der immer geringeren Nachfrage nach Plätzen und dem daraus folgenden finanziellen Defizit das Haus im Jahr 2015/16 schließen. Derzeit leben drei Schüler aus Oberhavel in dem Wohnheim, weitere zwölf Jugendliche und junge Erwachsene stammen aus anderen Landkreisen und Bundesländern. Die Kostenübernahme für die Unterbringung ist geregelt. Ausgaben in Höhe von 808.200 Euro stehen Einnahmen von 430.151 Euro in diesem Jahr gegenüber. Seit 2009 sinkt die Bewohnerzahl in dem Haus mit 27 Plätzen.

Im Kreissozialausschuss stimmte die Linke dagegen. Im Kreisausschuss sprachen sich Linke und FDP gegen die Schließung aus, jeweils unter der Bedingung, dass der Kreis ein Nachnutzungskonzept für das Wohnheim erarbeitet. Der Kreistag gibt ab Mittwoch sein Votum ab.

Landkreis prüft Nachnutzung

Die Gegner des Vorhabens kritisieren unter anderem, dass innerhalb von vier Wochen nicht über ein solch komplexes Thema geurteilt werden könne, sagte etwa Jens Kopprasch, Vorsitzender des Kreisschulbeirats. Ehemalige Schüler befürchten in einem Schreiben, dass ohne das benachbarte Wohnheim die Integrationsschule eine Regelschule mit einer Klassengröße von 28 Schülern wird weichen müssen. "Die Schule spiegelt eine bunte Gesellschaft wieder", appellieren sie.

Der Landkreis verweist in seiner Argumentation auf die fehlende rechtliche Grundlage wegen der geringen Auslastung. Es gebe künftig keinen steigenden Bedarf, sagte Finanzdezernent Ludger Weskamp (SPD) im Sozialausschuss. Durch die Inklusion habe das Wohnheim "seine Notwendigkeit verloren", sagte Landrat Schröter (SPD) beim Kreisausschuss. Das Wohnheim in Birkenwerder sei ein "Sinnbild der Segregation zu DDR-Zeiten". Er verwies auf die Torhorstschule in Oranienburg, die nach Umbauarbeiten ebenfalls barrierefrei werde.

**OGA (ah)
03.12.2013**

**Veröffentlicht am:
11:26:00 03.12.2013 von CMS System Benutzer**